



Bremen –nachhaltig vor Ort!

RIO + 20 in Bremer Stadtteilen etablieren

Zwanzig Jahre nach dem Klimagipfel in Rio de Janeiro – was wurde für den Klimaschutz erreicht? Bedrohungen, die sich 1992 schon abzeichneten, sind heute Realitäten, die entschlossenes Handeln fordern. Der ökologische Fußabdruck der Menschheit überschreitet bei Weitem die Biokapazität der Erde. Der Klimawandel setzt sich mit unverminderter Geschwindigkeit fort. Dringender denn je sind Schritte erforderlich, die menschliche Zivilisation in nachhaltige Bahnen zu lenken. Gleichzeitig ist Nachhaltigkeit als Leitbild einer zukunftsfähigen Entwicklung Bestandteil des programmatischen Selbstverständnisses vieler Länder geworden.

In Deutschland sind in den vergangenen 20 Jahren in vielen Bereichen wichtige Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet worden. Es mangelt jedoch an richtungsweisenden Regulierungen für die Real- und Finanzwirtschaft. Ein Anliegen bei der UN-Konferenz, die nach 20 Jahren vom 20. bis 22. Juni wieder in Rio stattfindet, soll es sein, den Entwicklungen, die von den lokalen Akteuren in den vergangenen beiden Jahrzehnten in vielen Ländern vorangetrieben wurden, mehr Anerkennung zu verleihen. Ziel ist es, die kommunalen Impulse und Innovationen angemessen zu unterstützen und unentdeckte Potenziale zu heben.

Allerdings haben nur die Vorreiter-Kommunen ihre ökologische Bilanz in den vergangenen 20 Jahren verbessert. Es scheint deswegen geboten, ökologische Stadt- und Regionalentwicklung im Sinne der „regenerativen Kommune“ verstärkt zum Maßstab nachhaltiger Entwicklung zu machen.

Kommunen sind die Vorreiter im Klimaschutz. Zahlreiche Bürgerinitiativen und Kommunen haben Lokale-Agenda-21-Prozesse initiiert. Viele Städte und Gemeinden haben Klimaschutz zentral auf die Agenda gesetzt, Konzepte entwickelt und Bilanzen erstellt. In Bremen hat der Agenda 21-Prozess allerdings im Widerspruch zur Politik der damaligen großen Koalition stattgefunden und es konnte nicht gelingen, die Ziele der Nachhaltigkeit mit den Zielen dieser Koalition in Einklang zu bringen. Umso wichtiger ist es heute, eine Verknüpfung zwischen Lokalpolitik und gesellschaftlichen Akteuren zu realisieren.

Mit dem Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 ist Bremen dann einen anderen Weg gegangen: schon bei Erstellung hat eine breite Beteiligung stattgefunden. Jährliche Klimakonferenzen stellen die Weiterentwicklung und gesellschaftliche sowie politische Verankerung sicher. Ein erster Klimaausschuss hat sich auf Beiratsebene im Beirat Östliche Vorstadt gebildet. Hier wurden Ideen zur Verwirklichung von Klimaschutzprojekten auf Stadtteilebene entwickelt. Die Erfahrungen dieses Ausschusses können als Vorbild für entsprechende Ausschüsse in anderen Stadtteilen dienen.

RIO + 20: Es gilt Lösungen und Antworten für folgende Fragen zu finden:

Gelingt es den Kommunen, ihre Finanzpolitik auf Nachhaltigkeit auszurichten? Wie werden sich unsere Städte zukunftsfähig entwickeln? Welche Rolle übernimmt die lokale Wirtschaft? Wie gelingt eine solidarische und gerechte Lebensweise? Wie können Städte klimaneutral werden?

Als Leitbild wird die naturnahe, gesunde, klimaneutrale und sozial gerechte Stadt von vielen akzeptiert. Durch die intelligente und sparsame Nutzung von Energie, die energetische Erneuerung des Gebäudebestands, ein nachhaltiges Beschaffungswesen und zukunftsfähige Formen der Mobilität tragen die Menschen im privaten und unternehmerischen Umfeld sowie Städte, Gemeinden und Regionen zur Reduktion der Treibhausgase bei. Durch eine zukunftsgerechte Ver- und Entsorgungsstruktur passen sie sich schrittweise an den Klimawandel an. Diese Anstrengungen müssen in den kommenden Jahren intensiviert werden. Aus den Kommunen müssen die Impulse kommen.

Beschluss:

Die Landesmitgliederversammlung beschließt, die Einführung eines auf Nachhaltigkeit ausgerichteten RIO+20-Prozesses in den Stadtteilen Bremens und Bremerhavens zu initiieren.

Damit uns dies gelingt, muss jede und jeder einen Beitrag dazu leisten.

Zunächst wird ein Beirätetreffen zum Themenfeld Nachhaltigkeit und Klimaschutz durchgeführt.

Die Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, einen „Werkzeugkoffer“ zu erarbeiten mit beispielhaften Maßnahmen und Methoden, der den Stadtteilgruppen zur Verfügung gestellt wird.

Anhand von Planungskonferenzen auf Stadtteilebene können durch Bürgerbeteiligung möglichst viele Ideen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Stadtteil gesammelt werden.

Ein wichtiger Schritt ist die Erstellung einer Klimaerklärung für den Stadtteil, in dem aufgeführt ist, wie hoch die Treibhausgas-Emissionen sind und welche Ziele zur Minderung gesetzt werden.

Konkrete Klima-Projekte werden für den Stadtteil identifiziert, die sich bis 2020 umsetzen lassen. Dies können z.B. sein:

- ein Blockheizkraftwerk für eine Straße oder Siedlung,
- Bürgersolaranlagen,
- Dämm-Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden,
- Maßnahmen zur Senkung des motorisierten Verkehrs
- Erhalt und Förderung der Biodiversität und Städtisches Grün in den Stadtteilen, wie z.B. durch Urban-Farming-Projekte oder Baumpflanz-Aktionen.

Wir schlagen vor, dass das Land Bremen ein Anreizsystem schafft, das z.B. eine jährliche Preisvergabe für den nachhaltigsten und klimafreundlichsten Stadtteil vorsieht.

Beiräte (Bremen), Stadtteilkonferenzen (Bremerhaven), die Stadtverordneten- und Bürgerschaftsfraktionen, Fachleute aus den Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen und ggf. Wissenschaft, Vertreterinnen der Medien und Zivilgesellschaft sollen hierbei Hand in Hand arbeiten und diskutieren, wie sich der Prozess gestalten lässt und die gesteckten Ziele sich umsetzen lassen.